

Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft: Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen

Einleitung

Der Übergang der EU zu einer klimaneutralen Wirtschaft erfordert eine saubere industrielle Revolution. In diesem Bericht werden auf der Grundlage eines vorausschauenden Ansatzes die potenziellen Auswirkungen eines solchen grundlegenden sozioökonomischen Wandels für Regionen und die Bevölkerung in Europa untersucht. Die Forschungsergebnisse werden zusammen mit Empfehlungen für die Politik im Hinblick auf die Verwirklichung eines gerechten Übergangs vorgestellt, bei dem niemand zurückgelassen wird.

Politischer Kontext

Mit der Annahme des Europäischen Klimagesetzes durch die EU (Juni 2021) verpflichtete sie sich, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen, mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % (gegenüber dem Niveau von 1990) zu senken. Um dies zu erreichen, wird eine grundlegende Umgestaltung der Energie-, Verkehrs- und Produktionssysteme erforderlich sein. Dies wird sich auf Volkswirtschaften, Gesellschaften, Gebiete und Menschen auswirken. Gleichzeitig werden eine Neukalibrierung der Arbeitsbeziehungen und eine umfassendere sozioökonomische Politik erforderlich sein, um faire Ergebnisse für die Bevölkerung in der EU zu erzielen und die öffentliche Unterstützung für den Übergang sicherzustellen. Der russische Krieg gegen die Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise haben die Regierungen dazu veranlasst, den Ausstieg aus der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu beschleunigen. So bemühte sich die EU beispielsweise mit ihrem REPowerEU-Plan von 2022, der Energieeinsparungen, die Diversifizierung der Energieversorgung und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien vorsieht, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden. Der Krieg hat jedoch auch die Einstellung der heimischen Produktion von CO₂-intensiven Energiequellen verzögert.

Der Mechanismus der Europäischen Kommission für einen gerechten Übergang wurde eingeführt, um dem im europäischen Grünen Deal geforderten sozioökonomischen Wandel Rechnung zu tragen. Dieser Mechanismus zielt darauf ab, den Zusammenhalt in der EU zu fördern und soziale Gerechtigkeit und Inklusivität – zentrale Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte – zu wahren. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang bietet zusammen mit dem Paket „Fit für 55“ – insbesondere auch

dem Klima-Sozialfonds – Unterstützung für diejenigen Regionen, Wirtschaftszweige, Beschäftigte und Haushalte, die bei diesem Übergang mit den größten Hindernissen konfrontiert sind. In diesem Bericht wird untersucht, ob zusätzliche politische Maßnahmen erforderlich sein könnten, um faire Ergebnisse für Regionen und die Bevölkerung zu gewährleisten und so den Zusammenhalt in der EU zu sichern.

Wichtigste Erkenntnisse

- Der gerechte Übergang wird voraussichtlich zu Nettobeschäftigungsgewinnen, zur Entwicklung von neuen Wirtschaftszweigen und zu einer gesünderen Umwelt führen. Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot werden jedoch möglicherweise in den Regionen nicht immer ausgewogen sein. Daher ist es wichtig, Investitionen in Bildung, (Neu-)Qualifizierung und maßgeschneiderte Unterstützung für den beruflichen Übergang bereitzustellen. Darüber hinaus sollten soziale Herausforderungen und Ungleichheiten, wie Arbeitsplatzpolarisierung (Zunahme von Hoch- und Niedriglohnberufen) und unzureichende Sozialleistungen, angegangen werden.
- Um eine Verschärfung der bestehenden Ungleichheiten zu vermeiden, sollten Maßnahmen zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich unverhältnismäßiger Auswirkungen auf bestimmte Regionen, kontinuierlich überwacht werden. Darüber hinaus könnten im Hinblick auf die Gewährleistung von Gerechtigkeit und Gleichheit vollkommen neue Wohlfahrtsmodelle in Betracht gezogen werden.
- Der derzeitige politische Ansatz der EU für einen gerechten Übergang könnte so angepasst werden, dass auch Suffizienz auf gesellschaftlicher Ebene – d. h. ein stärker eingeschränkter Verbrauch – sowie stärker lokalisierte Wirtschaftsmodelle, wie Kreislaufwirtschaftskonzepte, in den Fokus gerückt werden. Eine gerechte Verteilung der Ressourcen wäre eine Voraussetzung für solche Veränderungen.
- Im Hinblick auf die industrielle Umstrukturierung, ohne die ein gerechter Übergang nicht möglich sein wird, sind Innovationsmaßnahmen erforderlich, die auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sind. Auch das Engagement der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner, insbesondere in Regionen mit schwachen Innovationssystemen, spielt eine wesentliche Rolle.

- Eine neue, stärker lokal ausgerichtete Wirtschaft, die Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft folgt, kann auf regionale Ressourcen (natürliche, Human- und Kapitalressourcen) zurückgreifen, um Umweltzerstörung und -verschmutzung einzudämmen. Es muss genügend Spielraum für soziale Innovation geben, und es wird eine wirtschaftliche Diversifizierung erforderlich sein, um Chancen für sozioökonomische Gruppen zu schaffen, die unterschiedliche Voraussetzungen haben.
- Die Verbesserung der Infrastruktur ist von wesentlicher Bedeutung, um einen gerechten Übergang für verschiedene sozioökonomische Gruppen zu erreichen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen. Das Engagement der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner ist unverzichtbar, wenn es darum geht, gesellschaftlichen Nutzen aus der Erneuerung der Infrastruktur zu ziehen, einschließlich der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und des Wohlergehens, z. B. durch energieeffiziente Wohnungen und städtische Grünflächen.
- Eine wirksame Multi-Level-Governance auf EU-, nationaler und regionaler Ebene erfordert Investitionen in den Kapazitätenaufbau und die konsequente Nutzung einer integrierten EU-weiten Evidenzbasis, die sich bis auf die regionale und lokale Ebene erstreckt. Dies ist wichtig für den langfristigen systemischen Wandel, der notwendig ist, um Produktions- und Verbrauchssysteme auf breiterer Basis umzustrukturieren. Die Gewährleistung eines breiten Engagements der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner wird für die Bewältigung potenzieller Konflikte von entscheidender Bedeutung sein, ebenso wie die Neugestaltung der institutionalisierten Machtverhältnisse zwischen Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Bevölkerung. Dabei müssen die Besonderheiten der regionalen sozioökonomischen Systeme und die Benachteiligungsmuster der verschiedenen sozioökonomischen Gruppen berücksichtigt werden.
- In den Regionen sollten unterschiedliche Perspektiven und integrierte Kapazitäten für die Datenerhebung und -analyse einbezogen werden, um negative Auswirkungen auf die regionale Bevölkerung zu vermeiden, die daraus resultieren könnten, dass zu lange an eingefahrenen Vorgehensweisen festgehalten wird. Gleichzeitig sollten Bildungsmaßnahmen genutzt werden, um die Menschen von der Wichtigkeit des Übergangs zu überzeugen.
- Es ist notwendig, alle sozioökonomischen Gruppen zu unterstützen und ihre Existenzgrundlage zu sichern, auch in Zeiten von Umschulung und beruflichen Übergang. Politische Entscheidungsträger müssen auf neu entstehende Muster der Arbeitsplatzpolarisierung und die Verstärkung bestehender Muster achten.
- Die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus dem Übergang ergeben, müssen für alle zugänglich sein. Dazu muss die kollektive Arbeitnehmervertretung auf allen Ebenen, auch bei neuen Rahmenbedingungen und Arbeitsformen, gestärkt werden und müssen Kapazitäten für den sozialen Dialog aufgebaut und gleichzeitig Konsumoptionen aktiv gestaltet werden, um die Anpassung an neue Wirtschaftsmodelle zu bewerkstelligen und dabei die Bürgerinnen und Bürgern miteinzubeziehen.
- Es muss ein sozial gerechter Zugang zur Infrastruktur für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Verkehr und digitale Anbindung gewährleistet werden, um Übergangsmöglichkeiten auf breiterer Basis zu ermöglichen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können.
- In die entsprechend gestalteten Übergangspfade für verschiedene Regionen müssen regionale Kapazitäten und Ressourcen einbezogen werden, einschließlich der Robustheit und Zusammensetzung der industriellen Basis, der Art und Widerstandsfähigkeit von öffentlichen Diensten und Wohlfahrtssystemen sowie der Mechanismen des sozialen Dialogs.
- Es müssen vertrauensbasierte Beziehungen zwischen der Bevölkerung, Verwaltungsorganisationen und dem privaten Sektor gefördert werden, um alle verfügbaren regionalen Ressourcen zu nutzen und ein regionales Innovationssystem zu fördern und anzuwenden, wenn es darum geht, eine wirtschaftliche Diversifizierung zu erreichen und die Region für neue Wirtschaftstätigkeiten attraktiv zu machen.

Empfehlungen für die Politik

- In den politischen Debatten sollte den Auswirkungen, den der Klimawandel auf die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen hat, und dem Nutzen, den dieser Übergang bringt, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies könnte die Argumente für Veränderungen stärken und die Governance-Kapazitäten und die politischen Voraussetzungen schaffen, die für einen gerechten Übergang erforderlich sind.
- Eine strategische Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft ist vonnöten, um die strategische Kohärenz des Übergangs in allen europäischen Regionen und Wirtschaftssektoren zu gewährleisten. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit Veränderungen des Lebensstils und des Konsumverhaltens und die Bereitstellung zuverlässiger Informationen für die Öffentlichkeit, wobei die unterschiedlichen Ausgangssituationen für verschiedene sozioökonomische Gruppen zu berücksichtigen sind.
- Die öffentliche Politik sollte eine größere Rolle bei der Sicherung und gerechten Verteilung der Ressourcen in einer klimaneutralen Welt spielen, so auch bei der Förderung von Direktinvestitionen, während gleichzeitig weniger auf marktbasierter Zuteilungsmechanismen vertraut werden sollte. Dadurch werden faire Ergebnisse für die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen und die europäischen Regionen sichergestellt.
- Die notwendigen Investitions- und Verwaltungskapazitäten müssen gewährleistet sein, damit alle Regionen den Bürgern ausreichende Infrastrukturlösungen bereitstellen können und mithilfe von Innovationen und Lösungen zur Schaffung von Wohlstand in der Gemeinschaft, wie den Ausbau von (teilweise) gemeindeeigenem, grünem und erschwinglichem Wohnraum, Unterstützung leisten können.
- Die Regionen sollten in der Lage sein, Transparenz zu gewährleisten – dies gilt auch für die nachweislich effiziente Nutzung öffentlicher Gelder –, sich an politischen Prozessen zu beteiligen und gegen Partikularinteressen vorzugehen, um Vertrauen aufzubauen und neue Formen der sozioökonomischen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Weitere Informationen

Der Bericht „*The transition to a climate-neutral economy: Exploring the socioeconomic impacts*“ (Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft: Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen) ist abrufbar unter <https://eurofound.link/ef23021>

Research manager: Hans Dubois

information@eurofound.europa.eu